

Table with 6 columns: Die Ergänzungssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von, mehr als, bis einschl., jährlich, etc.

u. s. f. für je 20 000 M steigend um je 10 M 52 3 mit der Maßgabe, daß jeder uberscheibende, nicht durch 20 teilbare Pfennigbetrag, sofern er mehr als 10 3 beträgt, auf den nächst höheren, sofern er 10 4 und weniger beträgt, auf den nächst niedrigeren in dieser Weise teilbaren Betrag abzurunden ist.

Außerdem wird gemäß § 8 des Gesetzes vom 26. Mai 1909 von allen Erganzungssteuerpflichtigen ein Steuerzuschlag von 25 v. H. erhoben.

Gewerbesteuer.

(Auszug aus dem Gesetz vom 24. Juni 1891.)

§ 6. Die Besteuerung erfolgt in vier Gewerbeklassen. In Klasse I sind diejenigen Betriebe zu besteuern, deren jährlicher Ertrag 50 000 M oder mehr, oder bei denen der Wert des Anlage- und Betriebskapitals 1 000 000 M oder mehr beträgt.

Die Gewerbesteuerklasse II umfaßt die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 20 000 bis ausschließlich 50 000 M, oder mit einem Anlage- und Betriebskapitale im Werte von 150 000 bis ausschließlich 1 000 000 M.

Zur Gewerbesteuerklasse III gehören die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 4 000 bis ausschließlich 20 000 M, oder mit einem Anlage- und Betriebskapitale im Werte von 30 000 bis ausschließlich 150 000 M.

Zur Gewerbesteuerklasse IV gehören die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 1500 bis ausschließlich 4 000 M, oder mit einem Anlage- und Betriebskapitale von 3000 bis ausschließlich 30 000 M.

§ 7. Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1500 M noch das Anlage- und Betriebskapital 3000 M erreicht, bleiben von der Gewerbesteuer befreit.

Auf die Betriebssteuer (§§ 59 ff. dieses Gesetzes) findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§ 14. Steuersätze. Die Mittelsätze betragen: in Klasse II 800 M, in Klasse III 80 ,, in Klasse IV 16 ,,

Die bei der Steuerverteilung zulässigen geringsten und höchsten Steuersätze betragen: in Klasse II 156 bis 480 M, in Klasse III 22 bis 192 ,, in Klasse IV 4 bis 36 ,,

Die Steuersätze sollen bis zu 40 M um je 4 M, von da ab bis 96 M um je 8 M, weiter bis 192 M um je 12 M und weiter bis zu 480 M um je 36 M steigend abgestuft werden.

§ 27. Eine Vorlegung der Geschaftsbucher des Gewerbetreibenden findet nur statt, wenn dieser selbst dazu bereit ist. Zur Offenbarung von Geschaftstheimsissen ist der Gewerbetreibende in keinem Falle verpflichtet. — Mit der Beschiftigung der Anlagen, Betriebsstatzen und Vorräte (§ 25, Absatz 4) können ohne Zustimmung des Gewerbetreibenden andere Personen, als Staatsbeamte, nicht beauftragt werden.

§ 44. Wird ein Betrieb durch Tod oder Krankheit des Inhabers, Brandunglück, Überschwemmung oder sonstige Ereignisse wesentlich geschädigt, so kann die Steuer für die folgenden Vierteljahre ermagigt oder erlassen werden.

§ 55. Auf besondere Aufforderung des Vorsitzenden eines zuständigen Steuer-Ausschusses des Veranlagungsbezirks ist jeder Gewerbetreibende verpflichtet, in verschlossenem Schreiben oder mündlich zu Protokoll zu erklären, ob der jährliche Ertrag seines Gewerbebetriebes

1 500 bis ausschließlich 4 000 M, oder 4 000 bis ausschließlich 20 000 ,, oder 20 000 bis ausschließlich 50 000 ,, oder 50 000 M oder mehr beträgt, und ob der Wert des Anlage- und Betriebskapitals

3 000 bis ausschließlich 30 000 M, oder 30 000 bis ausschließlich 150 000 ,, oder 150 000 bis ausschließlich 1 000 000 ,, oder 1 000 000 M oder mehr beträgt. Solche Erklärungen sind geheim aufzubewahren. Weitergehende Auskunftserteilung über die Höhe des Ertrages, sowie den Wert des Anlage- und Betriebskapitals ist der Gewerbetreibende abzulehnen berechtigt. Die im Vorstehenden vorgeschriebene Auskunft über die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals zu erteilen, sind auch diejenigen verpflichtet, welche einen Betrieb neu begründen. Dem Steuerpflichtigen ist auf seinen Antrag in Fällen, in welchen es sich um einen nur durch Schätzung zu ermittelnden Ertrag handelt, gestattet, statt der im Absatz 1 erwhantenen Erklärung diejenigen Nachweisungen zu geben, deren der Steuer-Ausschuß zur Schätzung des Ertrages bedarf.

Inhaltsverzeichnis hinter dem Titelblatt. — Verspätete Altanaer Adressen hinter dem Inhaltsverzeichnis.

§ 59. Für den Betrieb der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus ist jährlich eine besondere Betriebssteuer zu entrichten.

§ 60. Die Betriebssteuer beträgt für jeden, welcher ein oder mehrere dieser Gewerbe, allein oder in Verbindung mit anderen Gewerben, betreibt, 1. wenn er von der Gewerbesteuer wegen eines hinter der Grenze der Steuerpflicht zurückbleibenden Ertrages und Anlage- und Betriebskapitals befreit ist (§ 7) 10 M

2. wenn er zur Gewerbesteuer veranlagt 15 ,, b. in der Klasse III 25 ,, c. in der Klasse II 50 ,, d. in der Klasse I 100 ,,

Die Steuer wird bei allen Betrieben, welche geistige Getränke veranfertigen, für jede Betriebsstatze besonders erhoben.

Grundsteuerordnung.

Auf Grund des Beschlusses der städtischen Kollegien vom 10./20. März 1910 wird gemäß den §§ 23, 25, 27, 69, 70, 75, 82 und 90 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1885 für die Stadt Altona folgende Steuerordnung erlassen:

§ 1. Von allen im Stadtgebiet belegenen, bebauten und unbebauten Grundstücken wird, soweit ihnen nicht gemäß § 24 des Kommunalabgabengesetzes Befreiung von der Gemeindesteuer vom Grundbesitz zuzusteht, eine Gemeindegundsteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben.

Auf landwirtschaftlich benutzte, bebauete und unbebaute Grundstücke im Bezirk der ehemaligen Gemeinde Ohnmarschen finden die Bestimmungen der Steuerordnung bis zum 1. April 1910 keine Anwendung.

I. Bebaute Grundstücke.

§ 2. Alle bebauten Grundstücke werden nach dem Nutzungswert veranlagt.

Zu den bebauten Grundstücken gehören auch die mit dem Gebäude in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang stehenden Hausgärten und Hofräume in ihrem Umfange bis zu 1800 qm, desgleichen ohne Rücksicht auf die Größe die mit einem überwiegend gewerblich genutzten Gebäude in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang stehenden unbebauten Flächen, soweit sie dem wirtschaftlichen und gewerblichen Zwecke dieses Gebäudes dienen bestimmt sind. Hausgärten und Hofräume, die einen Flächeninhalt von mehr als 1500 qm haben, werden mit ihrem dieses Maß übersteigenden Flächeninhalt gemäß § 9 nach dem gemeinen Wert besteuert, sobald der uberscheibende Teil mindestens 500 qm beträgt. Der Schätzung des gemeinen Wertes ist der Durchschnittswert des gesamten zusammenhängenden Geländes zugrunde zu legen.

Der Flächeninhalt der Vorgärten, soweit er durch die Fluchtlinienfestsetzung vorgeschrieben ist, bleibt bei der Bemessung der nach dem gemeinen Wert zu besteuern den Grundfläche außer Berechnung.

§ 3. Die Abschätzung des Nutzungswertes geschieht in 3 jährigen Zwischenräumen für den Zeitraum von je 3 aufeinanderfolgenden Rechnungsjahren. (Das Rechnungsjahr läuft vom 1. April bis 31. März.)

§ 4. Für bebaute Grundstücke, welche während des letzten Jahres der laufenden Veranlagungsperiode oder eines Teiles des letzten Jahres vermietet waren, wird bei Feststellung des jährlichen Nutzungswertes der vereinbarte Mietspreis zu Grunde gelegt. Dem baren Mietspreis ist dabei alles dasjenige hinzuzurechnen, was der Mieter während der erfolgten Vermietung zu liefern oder zu leisten hat, besonders übernommene Steuern, Brandkassenbeitrage und dergleichen. Der Wert der nicht in barem Gelde bestehenden Leistungen wird durch Abschätzung festgestellt.

Als Verguttung für Wasser, Heizung, Beleuchtung und ähnliche, nicht zur Raumlieferung gehörende Leistungen darf von dem gesamten vom Mieter zu zahlenden Beträgen beziehungsweise von der eingeschätzten Mietswert des Selbstkostenpreises, jedoch höchstens 20 % bezugs Feststellung des Nutzungswertes in Anrechnung gebracht werden.

§ 5. Der vereinbarte Mietspreis (§ 4) ist nicht maßgebend.

1. wenn er hinter dem ortsblublichen Mietwerta in erheblichem Maße zurückbleibt, 2. wenn der vereinbarte Mietspreis die Gegenleistung für den Gebrauch der mit dem Grundstücke zusammen vermieteten Utensilien, Inventarien, Möbel und sonstigen beweglichen Gegenstände mit umfaßt, 3. wenn die Höhe des zu entrichtenden Mietspreises von dem Ergebnisse eines gewerblichen Unternehmens oder Grundstücksteile, bei denen gemäß Absatz 1 Nr. 1—3 der vereinbarte Mietspreis nicht maßgebend ist, oder welche von dem Eigentümer selbst benutzt oder zur Nutzung beziehungsweise zum Gebrauch an andere ohne Entgelt übermittelt waren, gilt als Nutzungswert der ihrer Bestimmung, Beschaffenheit und Lage entsprechende ortsblubliche Mietwert. Dasselbe gilt für Grundstücke oder Grundstücksteile, welche während des letzten Jahres der laufenden Veranlagungsperiode oder eines Teiles des letzten Jahres nicht vermietet waren. In Fällen, wo hierdurch ein genügender Anhalt nicht gewährt wird, kann auch auf den Kaufpreis, das Anlagekapital oder den Brandkassenwert zurückgegriffen werden.

§ 6. Erreicht bei vom Eigentümer selbst benutzten oder an andere ohne Entgelt übermittelten Grundstücken, die nach der Schätzung der deklarierten Veranlagung einen Nutzungswert von mindestens 1600 Mark haben, der deklarierte oder durch Schätzung ermittelte Mietwert nicht den Betrag von 4 1/2 % vom gemeinen Wert des Grundstücks, so tritt dieser Betrag an die Stelle des Mietwertes.

Diese Bestimmung findet auch Anwendung auf solche Grundstücke, die nach Maßgabe der mit der staatlichen Veranlagung festgestellten Nutzungswerte zum überwiegenden Teile vom Eigentümer selbst benutzt werden.

Der gemeine Wert des Grundstücks wird, wenn derselbe bei der Ergänzungssteuer geschätzt ist, nach dieser Schätzung bestimmt.

§ 7. Für die vollen Kalendermonate, während derer ein bebautes Grundstück oder ein selbstständiger Teil eines solchen (z. B. eine einzelne Mietwohnung) weder vermietet noch von dem Eigentümer oder von anderen ohne Entgelt benutzt war, wird auf Antrag des Eigentümers die Steuer für den betreffenden Zeitraum zuruckvergahrt. Der Antrag ist spätestens 14 Tage nach Ablauf des Kalendermonats, in welchem eine Befreiung von der Grundsteuer in Anspruch genommen wird, unter Angabe der Bezeichnung des Grundstücks oder Grundstucksteiles, seines letzten Mieters oder Bewohners und der vereinbarten Mietwerta schriftlich oder zu Protokoll an den Magistrat zu richten.

Wird bei vierteljährlicher Vermietung das leerstehende Grundstück oder der leerstehende Grundstücksteil im letzten halben Monat eines Kalendermonats von dem Eigentümer oder ohne Entgelt von anderen benutzt, so verliert der Eigentümer den Anspruch auf Zuruckvergahrt der Steuer, sofern er nachweist, daß er die leerstehenden Räume selbst benutzt oder ihre Benutzung nur denjenigen Personen eingeräumt hat, welche diese Räume für das kommende Kalendervierteljahr gemietet haben.

1/4 jährlich

- 1340. —, 1397. 50, 1455. —, 1512. 50, 1570. —, 1627. 50, 1685. —, 1745. —, 18 5. —, 1865. —, 1925. —, 1985. —, 2045. —, 2105. —, 2165. —, 2225. —, 2285. —, 2345. —, 2405. —, 2465. —, 2525. —, 2585. —, 2645. —, 27 5. —, 2765. —, 2825. —

10 M mehr.

von allen Steuerzu-

und Berg-

entliche Ein-

Steuersatz

- 96 M, 112 ,, 132 ,, 145 ,, 164 ,, 180 ,, 200 ,, 220 ,, 240 ,, 260 ,, 280 ,, 300 ,, 340 ,,

1 je

), M,),),)

h 104 000 M

Stufen von

Einkommen-

Ergänzungs-

erbares Ver-

den Person-

des Jahres-

Gesamtwert

5) weibliche

iten haben,

das steuer-

), M und das

einkommen